

Sachstandsbericht zur Städtebausanierungsmaßnahme „Ortskern III/ Unterdorf-West" im Gemeinderat -Erneute Aufstockung der Fördermittel beantragt

Im Rahmen der Gemeinderatssitzung gab Jasmin Rapphold-Bierstedt von der STEG, die die Gemeinde betreut, einen Überblick über den derzeitigen Sachstand der Städtebausanierungsmaßnahme „Ortskern III/Unterdorf-West“. Zunächst ging sie ausführlich auf die Ziele des Förderprogramms ein. Bund, Land und Gemeinden stellen dabei Fördermittel bereit um die Qualität von Gebieten innerhalb eines Ortes oder einer Stadt zu verbessern. Dabei wird wie in Lauterbach ein Sanierungsgebiet festgelegt, in welchem sowohl öffentliche als auch private Maßnahmen gefördert werden können. Sie gab zu bedenken, dass nach der ursprünglichen Beantragung der Startschuss für die Sanierung im Bereich "Ortskern III-Unterdorf-West" am 19.02.2018 erfolgt ist. „Für die Sanierungsdurchführung sind insgesamt 8-10 Jahre vorgesehen, sodass der Abschluss und die Abrechnung ca. Ende 2026 erfolgt. Ursprünglich war ein Förderrahmen von 1 Million € genehmigt, der sich aus 60 % Bund und Land sowie 40 % Gemeinde zusammensetzt. Aufgrund eines letztjährigen Aufstockungsantrages wurde der Förderrahmen bereits auf 1.666.667 € erhöht. Anschließend gab sie einen Überblick über die Förderung von privaten Maßnahmen. Grundsätzlich werden diese mit 25 % der Kosten und einem maximalen Zuschussbetrag von 25.000 € gefördert. Höhere Prozentsätze bei der Bezuschussung sind für denkmalgeschützte Gebäude oder Abbruchmaßnahmen möglich. Sie teilte mit, dass das Untersuchungsgebiet in Lauterbach ca. 7,34 ha groß ist und ungefähr 100 Hauptgebäude umfasst. Sie gab bekannt, dass seitens der privaten Grundstückseigentümer bereits einige Maßnahmen angelaufen sind. Als sehr erfreulich bezeichnete Jasmin Rapphold-Bierstedt, dass wesentliche Teile der „Neuen Ortsmitte" im Bereich des Rathauses mit dem zwischenzeitlich erhöhten Fördersatz auf 250 € je Quadratmeter gefördert werden. "Auch die Sanierung der Galerie "Wilhelm Kimmich" ist mit einem erhöhten Fördersatz möglich, da es sich um ein bedeutsames Gebäude im Ort handelt. Dort wird mit Zuschüssen aus der Ortskernsanierung in Höhe von 51 % der Gesamtkosten gerechnet. Anschließend erläuterte sie die Kosten- und Finanzierungsübersicht. Sie gab zu bedenken, dass zwar lediglich 24.000 € bisher ausgezahlt worden sind, sich dies jedoch rasch ändern wird, wenn die Mittel für die derzeit laufenden Maßnahmen, vor allem im öffentlichen Bereich der Gemeinde, abgerufen werden. Sie gab bekannt, dass die Gemeinde noch im Oktober einen Aufstockungsantrag von derzeit 1,66 Millionen € um 2,58 Millionen € auf 4,24 Millionen € gestellt hat. "Wir erhoffen uns mit diesem Antrag nochmals einen namhaften Zuschuss zu erhalten um die zahlreichen Maßnahmen in den kommenden Jahren umsetzen zu können", sagte sie. Bürgermeister Norbert Swoboda verwies auf die derzeit fast abgeschlossene Maßnahme in der unteren Hauptstraße sowie auf die anstehende Sanierung der Galerie und auf die bevorstehende Maßnahme im Rahmen der neuen Ortsmitte vor dem Rathaus. „In diesem Zusammenhang wird die Gemeinde dann erhebliche Finanzmittel als Zuschuss abrufen", freute er

sich. Als sehr erfreulich bezeichnete er auch, dass im Vergleich zur letzten Sanierungsmaßnahme dieses Mal doch relativ viele Private angefragt haben bzw. bereits mit Maßnahmen begonnen haben.

Hubert Nagel sprach die Information an die Bürger an. Jasmin Rapphold-Bierstedt teilte mit, dass zu Beginn der Maßnahme alle Grundstückseigentümer im Fördergebiet angeschrieben worden sind und auch Informationsveranstaltungen stattgefunden haben. Im kommenden Jahr sei eine weitere Information für die Eigentümer vorgesehen. In diesem Zusammenhang wies sie darauf hin, dass auch steuerliche Abschreibungen für Gebäudeeigentümer sehr interessant sind. Auf Anfrage von Sonja Rajsp bestätigte sie, dass Fotovoltaikanlagen leider nicht förderfähig sind. Hubert Nagel sprach den doch relativ geringen Mittelabfluss in Höhe von 24.000 € an. Diesbezüglich ging Bürgermeister Norbert Swoboda auf die laufenden und anstehenden öffentlichen Maßnahmen ein. Sobald dort die entsprechenden Aufwendungen anfallen bzw. diese abgerechnet werden, wird auch ein hoher Abruf der Zuschussmittel erfolgen. Auf Anfrage von Tobias Fehrenbacher teilte Jasmin Rapphold-Bierstedt mit, dass im Förderprogramm keine Budgets für öffentliche bzw. private Maßnahmen bestehen. Dies bedeutet, insbesondere für private Eigentümer, dass laufend Anträge gestellt werden können.

Der Gemeinderat nahm abschließend den Sachstandsbericht von Jasmin Rapphold-Bierstedt von der STEG zur Kenntnis.

Gemeinderat stimmt anteiliger Kostenbeteiligung an einer Steinschlagsicherung unterhalb des Rabenfelsens und oberhalb des Imbranderweges zu - Kostenanteil der Gemeinde beläuft sich auf ca. 75.000 € -Waldeigentümer und Landkreis sollen ebenfalls jeweils 1/3 der Kosten tragen

Bürgermeister Norbert Swoboda erinnerte zunächst an eine frühere Beratung zur Verkehrssicherung am Rabenfelsen bereits am 25.02.2019. „Zunächst hat die Gemeinde eine Kostenbeteiligung an einer Steinschlagsicherung auf dem Grundstück des Waldeigentümers abgelehnt. Zwischenzeitlich erfolgte eine rechtliche Überprüfung der Situation. Grundsätzlich sieht das Rechtsamt des Landratsamtes Rottweil Unterlieger, und dazu zählen auch öffentliche Straßen, in diesem Fall der Imbranderweg, mit in der Verpflichtung, selbst für einen entsprechenden Schutz zu sorgen. In diesem Zusammenhang liegt auch ein höchstrichterliches Urteil vor“, gab der Bürgermeister zu bedenken. Er teilte mit, dass zwischenzeitlich ein Gespräch mit Vertretern des Landratsamtes Rottweil, des Bischöflichen Ordinariats und der Gemeinde stattgefunden hat. „Nach eingehender Erörterung der Thematik hat ein Vertreter des bischöflichen Ordinariats vorgeschlagen, eine gleichmäßige Aufteilung der Kosten (jeweils 1/3) für den Bau des Steinschlagzauns auf Gemeinde, Landkreis und Waldeigentümer vorzunehmen. Hinsichtlich der

Unterhaltung und Reparaturen des Zauns wäre eine hälftige Kostenaufteilung zwischen dem Interkalarfonds Rottenburg als Grundstückseigentümer und der Gemeinde vorgesehen. Bei der Steinschlagsicherung liegt bereits ein entsprechendes Angebot einer Fachfirma vor. Dieses beläuft sich auf 205.275 € (brutto). Zudem liegt ein 2. Angebot vor, das die sehr umfangreichen und schwierigen Baumfällarbeiten (Sicherungsnetze für Fällarbeiten, die Fällarbeiten selbst, Helikoptereinsatz, Holzaufarbeitung und Einsatzleitung/Koordination) umfasst. Die Gemeinde habe, so Bürgermeister Norbert Swoboda, sofern es zu einer Einigung (Drittellösung) kommt, lediglich ein Drittel der Steinschlagsicherung zu tragen. Die Kosten für die Waldbewirtschaftung müsse aus Sicht der Gemeinde der Waldeigentümer, Interkalarfonds Rottenburg, selbst tragen. Zu den Kosten der eigentlichen Steinschlagsicherung kommen noch Planungskosten, die ebenfalls anteilig aufgeteilt werden müssen.

Aufgrund der vorliegenden Gutachten bleibe sicherlich nichts anderes übrig als der Anbringung der Steinschlagsicherung mit der entsprechenden Kostenbeteiligung der Gemeinde zuzustimmen. Er schlug vor, den Gemeindeanteil eventuell bereits im Haushaltsjahr 2019, gegebenenfalls als Abschlagszahlung, an den Interkalarfonds Rottenburg auszusahlen.

Letztlich beschloss der Gemeinderat, dass sich die Gemeinde an den Kosten für die Steinschlagsicherung unterhalb des Rabenfelsens und oberhalb des Imbranderweges mit einem Drittel der Gesamtkosten, bezogen auf die Schlussrechnung, beteiligt. Dies gilt auch für die entsprechenden Kosten für Planung und Bauleitung. Die Finanzierung erfolgt im Haushaltsplan 2020 bzw. sofern möglich, als außerplanmäßige Ausgabe im Haushaltsplan 2019. Zudem übernimmt die Gemeinde 50 % der Kosten für die künftige Unterhaltung und Reparaturen an der Steinschlagsicherung.

Gemeinderat stimmt Entwurf zum Bebauungsplan „Käppelehof, 1. Änderung“ zu - Nächster Schritt ist die öffentliche Auslage und die Beteiligung der betroffenen Behörden und Träger öffentlicher Belange

Der Bebauungsplan „Käppelehof“ wurde bereits zwischen 2009 und 2012 erstellt um die möglichen weiteren baulichen Entwicklungen des größten Lauterbacher Hotelbetriebs baurechtlich zu sichern. Seit dem Abschluss des Verfahrens Anfang 2012 ist der dortige Bebauungsplan „Käppelehof“ rechtskräftig. Diplom-Ingenieur Rolfes vom Ingenieurbüro Gförer teilte mit, dass nunmehr beabsichtigt ist, anstelle des alten Hofgebäudes ein Einfamilienwohnhaus mit Einliegerwohnung zu erstellen. Diesbezüglich verwies er auf das bereits eingereichte Baugesuch.

„Zudem plant die Eigentümerfamilie eine große Hotelerweiterung. Dieser Erweiterungsbau umfasst im Wesentlichen Tiefgaragen, die Verlagerung

des gesamten Küchenbereiches, den Neubau des Restaurantbereiches sowie Umbauten im Bestand", erläuterte er. Er teilte mit, dass die seitherigen überbaubaren Flächen im bestehenden Bebauungsplan durch die neue Planung bei weitem überschritten werden. Erste Gespräche mit Vertretern des Landratsamtes - Kreisbauamt - hätten letztlich ergeben, dass eine Bebauungsplanänderung mit einem förmlichen Verfahren notwendig wird. In diesem Zusammenhang stellte er die derzeitige aktuelle Planung vor und schlug vor, nunmehr den Auslegungsbeschluss mit der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange zu beschließen. Diese Auslage ist im Dezember 2019 vorgesehen.

Der Gemeinderat beschloss letztlich den entsprechenden Bebauungsplan „Käppelehof, 1. Änderung" aufzustellen. Dem Entwurf des Bebauungsplans in der vorgestellten Fassung vom 11. November 2019 wurde zugestimmt. Zudem wurde beschlossen, die Beteiligung der Öffentlichkeit und der berührten Behörden sowie Träger öffentlicher Belange in Form einer 4-wöchigen Planauslage zu beteiligen. In dieser Zeit besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme und zur Erörterung im Rathaus zu den üblichen Öffnungszeiten. Der genaue Zeitraum wird noch im Amtsblatt veröffentlicht.

Gemeinderat nimmt Abwägung zu den eingegangenen Stellungnahmen zum Bebauungsplan „Adler - Fohrenbühl" vor - Eine weitere Planauslage ist vorgesehen - Gemeinderat stimmt aktuellem Entwurf zu

Diplom-Ingenieur Rolfes vom Ingenieurbüro Gfrörer gab zu bedenken, dass der Gemeinderat in seiner öffentlichen Sitzung vom 18.3.2019 bereits den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Adler/Fohrenbühl" gebilligt hat und zudem die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen worden ist. „Die Beteiligung der Bürger erfolgte in Form einer Planauslage in der Zeit vom 12. August bis 12. September. Den Trägern öffentlicher Belange wurde mit Schreiben vom 08.08.2019 die Möglichkeit zur Abgabe von Stellungnahmen im Zeitraum bis zum 12.09.2019 gegeben", erläuterte er. Er gab bekannt, dass im Rahmen der Bürgerbeteiligung keine Stellungnahmen eingegangen sind. Anschließend erläuterte er ausführlich sämtliche eingegangenen Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und damit der Behörden. Diese Bedenken und Anregungen bzw. Stellungnahmen konnten entweder eingearbeitet oder lediglich zur Kenntnis genommen werden. Diplom-Ingenieur Rolfes teilte mit, dass hinsichtlich des naturschutzrechtlichen Ausgleichs bereits eine entsprechende Fläche gefunden werden konnte. Darüber hinaus ist noch ein weiterer Ausgleich, möglichst auf der eigenen Fläche des künftigen Bauherrn durchzuführen.

Der Gemeinderat konnte dann die entsprechende Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen vornehmen. Zudem wurde die Verwaltung

beauftragt, die Öffentlichkeit, die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vom Abwägungsergebnis in Kenntnis zu setzen. Dem Entwurf des Bebauungsplans „Adler/Fohrenbühl“ in der vorgestellten Fassung wurde zugestimmt. Zudem erfolgt entsprechend dem Baugesetzbuch die Beteiligung der Öffentlichkeit in Form einer 4-wöchigen Planauslage.

Rathausplitter

Zu Beginn der Gemeinderatssitzung gedachten die Mitglieder des Gemeinderates mit einem Nachruf von Bürgermeister Norbert Swoboda dem verstorbenen früheren Gemeinderat und 1.

Bürgermeisterstellvertreter Anton Roming sowie dem ebenfalls verstorbenen früheren Bürgermeister aus Lauterbach im Erzgebirge Gerhard Münzner.

Bei den Bekanntgaben verwies der Bürgermeister zunächst auf den Sitzungskalender des Gemeinderates für das kommende Jahr.

Als erfreulich bezeichnete er, dass der Kredit für die Erschließungsmaßnahme „Distelweg“ aufgrund der Grundstücksverkäufe zum 30.09.2019 abgelöst werden konnte. Die zum Schluss abgelöste Summe belief sich noch auf 179.390 €.

Anschließend ging er ausführlich auf das Breitbandprojekt des Landkreises Rottweil mit den Gemeinden des Kreises ein. Er teilte mit, dass derzeit insbesondere die Bereiche Gewerbegebiete und „weiße Flecken“ bearbeitet werden. Diesbezüglich sei noch im November und Dezember die Antragstellung des Landkreises Rottweil geplant. Erhofft werde ein vorläufiger Zuwendungsbescheid im Februar bzw. März 2020, sodass ab März bis Herbst 2020 die öffentliche Ausschreibung stattfinden könnte und Ende 2020 ein Baubeginn möglich wäre. Er folgerte daraus, dass ein Mittelbedarf für diese Projekte sowohl im Landkreis als auch bei den Kommunen nicht vor 2021 zu erwarten ist. Nach dem zu erwartenden Angeboten im Jahr 2020 könnten dann die notwendigen Haushaltsplanansätze für die Jahre 2021 und später abgeschätzt werden. Er gab bekannt, dass für die Bereiche „Gewerbegebiete“ von einem Zeitraum von 2-3 Jahren auszugehen ist, bei den „weißen Flecken“, dies sind insbesondere unterversorgte Außenbezirke bis zu 4 Jahre. Die konkrete Abschätzung sei zum derzeitigen Stand jedoch doch nicht möglich.

Bei den derzeitigen beiden Baumaßnahmen des Landes an der L 108 zwischen Lauterbach und Schramberg und Richtung Fohrenbühl seien die verkehrsrechtlichen Genehmigungen jeweils verlängert worden. Diese laufen jetzt Richtung Fohrenbühl bis zum 14.12.2019 und Richtung Schramberg bis zum 22.11.2019.

Er gab bekannt, dass sich bei der Inbetriebnahme eines Winterdienststreuers eines privaten Winterdienstunternehmers leider Probleme ergeben haben, sodass eine Reparatur von 4.165 EUR netto notwendig wurde.

Anschließend unterrichtete der Bürgermeister die Mitglieder des Gemeinderates über den derzeitigen Sachstand zum Ausbau der Kreisstraße 5528 Richtung Sulzbach. „Leider wird es mit 2 Grundstückseigentümern oberhalb des Bauhoflagerplatzes keine Lösung hinsichtlich eines möglichen Grunderwerbs geben. „Somit ist im kommenden Jahr nur eine kleinere Lösung, beginnend an der Abzweigung Sportplatz bis auf Höhe des Bauhoflagerplatzes möglich“, bilanzierte Bürgermeister Norbert Swoboda.

Zum Neubau des Kleinspielfeldes teilte er mit, dass hinsichtlich der Linierung noch eine Änderung erfolgt, da der Turn- und Sportverein gebeten hat, entsprechende Markierungen für das Dodgeballturnier aufzubringen. Bereits in Kürze soll mit dem Bau des Ballfangzauns begonnen werden. Zudem ist in Kürze der Asphalteinbau im Bereich der Schulgasse geplant. Auch die Bemalung auf dem Schulhof ist baldmöglichst vorgesehen, sofern es die Witterung erlaubt. Außerdem wird noch eine Stufenmarkierung einer Treppe zum Gehweg angebracht. Zudem berichtete Bürgermeister Norbert Swoboda von einigen Problemen hinsichtlich der Festplatzverteiler, die später im Schulhofbereich genutzt werden können. Diesbezüglich erfolgten noch einige Absprachen. Weiter beantwortete Bürgermeister Norbert Swoboda eine Anfrage aus der Mitte des Gemeinderates. Dort wurde gefordert einen Geldeinzahlungsautomaten bei der Volksbank zu fordern. "Hier gilt das gleiche wie beim Terminal Sisy, die Kosten seien zu hoch und deswegen werde lediglich ein Geldautomat mit Kontoauszugdrucker installiert". In diesem Zusammenhang nahm Bürgermeister Norbert Swoboda auch zu einem Leserbrief Stellung, in welchem der Gemeindeverwaltung und dem Gemeinderat Untätigkeit vorgeworfen worden wird. In diesem Zusammenhang verwies er auf die Bemühungen des Gemeinderates hinsichtlich der Ausstattung im Bereich der Volksbank und empfahl dem Leserbriefschreiber sich künftig vorab zu informieren.

Außerdem nahm der Bürgermeister zu einem möglichen Radweg zwischen Schramberg und Lauterbach Stellung. Vom Ministerium sei mitgeteilt worden, dass im Zuge der jetzigen Baumaßnahmen dort nichts möglich ist. Außerdem wird auf die hohen Kosten und die geringe Priorität hingewiesen. Empfohlen wurde jedoch zu prüfen, ob im Rahmen einer Verkehrsschau ein Schutzstreifen am Fahrbahnrand für Radfahrer möglich ist. Diese Verkehrsschau, so Bürgermeister Norbert Swoboda, sei bereits beantragt.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass der Winterdienst entlang des Gehweges in der Schramberger Straße Richtung Meierhof uneingeschränkt möglich ist. Dort ist durch einen abgesenkten Bordstein auf Höhe des Verteilerkastens der Telekom eine Umfahrung möglich. Aus der nichtöffentlichen Sitzung gab Bürgermeister Norbert Swoboda bekannt, dass Sascha Moosmann aus Lauterbach zum neuen Bauhofmitarbeiter gewählt worden ist. Bei der Wahl einer Auszubildenden als Verwaltungsfachangestellte fiel diese Wahl auf Sophia Flaig aus Mariazell. Bei den Terminen verwies er auf die Gedenkfeier zum Volkstrauertag mit dem MGV Sängerkunst Sulzbach am 17.11.2019 um

11:00 Uhr in der Ausstellungshalle und auf die Blutspenderehrung des DRK Ortsvereins und der Gemeinde am 20.11.2019 um 19:30 Uhr im Höhengasthof „Adler“. Zudem nannte er die Mitgliederversammlung des Landschaftsentwicklungsverbands Mittlerer Schwarzwald am 21.11.2019 um 20:00 Uhr in Schenkenzell. Zur 1. Sitzung in der neuen Legislaturperiode trifft sich der Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus am 26.11.2019 um 19:00 Uhr im „Turm“. Zudem lud er bereits jetzt zum 14. Lauterbacher Weihnachtsdorf am 30.11.2019 ab 13 im Schulhof ein.

Im Rahmen der Bürgerfragestunde erkundigte sich Stefan Oehler, Hugenhof, nach dem aus seiner Sicht schlechten Asphaltseinbau im Bereich der Baustelle auf der Landesstraße Richtung Föhrenbühl. Zudem fragt er an, ob im Bereich der neuen Ortsmitte vor dem Rathaus ein Zebrastreifen angebracht wird. Auch Theresia Buchholz griff dieses Thema auf und gab zu bedenken, dass schlecht ersichtlich ist wo aufgrund der Pflasterung der Gehweg aufhört und die Straße anfängt. Für Kinder sei dies sehr schlecht zu erkennen.

Norbert Moosmann, Fehrenbacherhof, verwies bezüglich der Planungen auf dem Rathausvorplatz darauf, dass eine Abstimmung mit den Marktbetreibern sicherlich sinnvoll ist.

Jürgen King, Sulzbacher Straße, sprach die Aufstellung von Zelten im Schulhof an. Dort gelte es, bezüglich der Befestigung entsprechende Lösungen anzubieten.

Im Rahmen der Anfragen aus der Mitte des Gemeinderates erkundigte sich Sonja Rajsp nach einer Fortbildungsveranstaltung für den Gemeinderat zum neuen Haushalts- und Kassenrecht. Kämmerer Reiner Betschner sicherte zu, dass für den Gemeinderat eine separate Veranstaltung stattfindet. Auf Anfrage von Ansgar Fehrenbacher teilte Bürgermeister Norbert Swoboda mit, dass die Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2020 bis spätestens Januar 2020 erfolgen soll, damit die Gemeinde noch die Möglichkeit hat einen Ausgleichstockzuschussantrag zu stellen.

Hubert Nagel wies auf verschiedene defekte Straßenlampen im Bereich des Kirchplatzes hin.

Stefan Weinmann sprach die Situation des einzigen Lauterbacher Nahversorgers in der Pfarrer-Sieger-Straße an. Er bat, dort zu prüfen ob ein verbesserter und damit behindertengerechter Zugang für den Betrieb, möglicherweise über eine Rampe vom Schulhof aus, machbar ist. Auf seine Anfrage hin bestätigte Bürgermeister Norbert Swoboda, dass der Weihnachtsmarkt in diesem Jahr nochmals im Bereich des Schulhofes stattfindet. Dort sind die nutzbaren Flächen zwischenzeitlich asphaltiert, während im Bereich des Rathauses nur unbefestigte Flächen, die vor allem bei Regen und Schnee Probleme verursachen, vorhanden sind.

Tobias Fehrenbacher schlug vor, den Vereinen ein „Handout“ für die Nutzung im Bereich des Schulhofes und der Schulgebäude im Rahmen von Vereinsfesten zur Verfügung zu stellen, damit Klarheit hinsichtlich möglicher Nutzungen besteht.

Doris Moosmann sprach die eingebrachten Holzpflocke im Bereich der obersten Wendeplatte am Friedhof an. Diese wurden eingebracht, damit Fahrzeuglenker beim Wenden Anhaltspunkte haben. Der Gemeinderat konnte der einzigen vorliegenden Bausache zustimmen. Die Firma Gruber und Weinmann GbR Unterdorf 97 beabsichtigt die Nutzungsänderung des Gebäudes Hauptstraße 5 (ehemals Volksbank). Dort ist die Nutzungsänderung im Bereich Montagebetrieb und Bürofläche vorgesehen, zudem ist eine Werbeanlage neben dem Gebäude geplant.

Aktualisierte Planung zur neuen Ortsmitte und zum Rathausvorplatz im Gemeinderat vorgestellt - Gesamtkosten betragen 949.000 € - Eigenanteil der Gemeinde liegt bei 414.860 € - Weitere Überlegungen zum geplanten Buswartehäuschen notwendig

Bürgermeister Norbert Swoboda ging zunächst auf die seitherigen Beratungen bezüglich der Neugestaltung der „Neuen Ortsmitte/Rathausplatz“ ein. Als sehr erfreulich bezeichnete er, dass durch höhere Fördersätze je Quadratmeter und der Anerkennung weiterer Flächen aus der Städtebausanierung ein Zuschuss von 334.140 EUR zu erwarten ist. "Vom Ausgleichstock erwarten wir eine weitere Zuwendung in Höhe von 200.000 €, sodass der Gemeindeanteil bei 414.860 EUR liegt. Die Gesamtkosten der Maßnahme betragen nach der derzeit gültigen Kostenschätzung 949.000 €.

Mit einer anschaulichen Präsentation ging Architekt Weigel vom Architekturbüro Baldauf auf den derzeitigen Planungsstand ein. Mit einem Lageplan wies er auf die Einteilung mit Parkplätzen, einem Boulefeld, einer Überdachung/Buswartehäuschen, einem Fontänenfeld, verschiedenen Bepflanzungen, einer Elektrotankstelle, Spielgeräten und vielen weiteren Details ein. Ausführlich erläuterte er die Stellung der Stellplätze neben dem Rathaus mit einer kleinen Aufkantung. Im Zugangsbereich Richtung Rathaus erfolgt ein leichtes Gefälle um den Höhenunterschied von der jetzt fertig gestellten Straße zum Rathauseingang zu kompensieren. Mit Bildern erläuterte er die Anlegung des Fontänenfeldes. In diesem Bereich entstehen Kosten in Höhe von 78.000 € (netto). Zudem stellte er mögliche Möblierungen mit Sitzbänken aus Holz vor. Auch Details wie Spielpunkte, Fahrradständer und Abfallbehälter sowie mögliche Infotafeln konnte er präsentieren. Ausführlich ging er auf die vorgesehenen Bepflanzungen in den Grünbereichen ein. Vorwiegend sind dort Staudenmischungen vorgesehen, die relativ niedrig gehalten werden. Als größeren dominierenden Baum sah er eine Silberlinde vor. Weitere kleinere Bäume wie die Mehlbeere und die Kupferfelsenbirne könnten die Grünbereiche abrunden. Zudem stellte er den Entwurf eines Buswartehäuschens vor, das einen Wartebereich zur Landesstraße hin vorsieht aber auch einen Wartebereich bzw. Aufenthaltsbereich zum Boulefeld/zum Vorplatz hin. Dort schlug er eine offene Holzkonstruktion, die innen teilweise mit

Glasplatten versehen ist, vor. Abschließend ging er auf eine mögliche Ladestation für E-Bikes ein.

Hubert Nagel sprach den Querungsbereich für Fußgänger nahe an der Einmündung zur L 108 an. „Dort ist es schwierig für Fußgänger und Kinder zu erkennen, wo der Gehweg endet und die Straße beginnt“, sagte er. Tobias Fehrenbacher unterstützte diese Aussage. „In einem Selbstversuch mit meinen Kindern wurde deutlich, dass dort noch Defizite bestehen“, gab er zu bedenken. Johannes Geprägs regte an, eventuell Blumenkübel zu stellen und auch eine Zone 30 zu beantragen. Diesbezüglich gab Bürgermeister Norbert Swoboda zu bedenken, dass eine Zone 30 seitens der Straßenverkehrsbehörde bereits abgelehnt worden ist.

Mehrere Mitglieder äußerten sich kritisch zum geplanten Buswartehäuschen, das Kosten von bis zu 40.000 € verursachen soll.

Johannes Geprägs schlug eine geschlossene Bauweise vor, "damit der Wartebereich nicht so zugig ist". Sonja Rajsp bezeichnete das Häuschen mit seinem relativ steilen Dach als zu groß und nicht passend zum Gesamtbild. Erich Fehrenbacher bat ebenfalls, die Planung nochmals zu überdenken. „Ich könnte mir eher eine Stahlglaskonstruktion vorstellen“. Hubert Nagel sprach das geplante Fontänenfeld an. Insbesondere nannte er hier den Wasserverbrauch und auch die Überprüfung, ob aufgrund von vermuteten Felsvorkommen ein unterirdischer Behälter ohne weiteres machbar ist. Architekt Weigel bestätigte, dass der Wasserverbrauch nicht sehr hoch ist und dass der Einbau gut möglich sein müsste. Er ergänzte zudem, dass hinsichtlich der zu pflanzenden Bäume die Baumgrößen angepasst worden sind, da bekannt ist, dass im Untergrund aufgrund von Fels, Bachverdolung und Leitungen nicht viel Platz für Wurzelballen ist. Ansgar Fehrenbacher forderte ebenfalls, die Planung des Buswartehäuschens nochmals zu überdenken. Er regte an, etwas schwabwaldtypisches zu berücksichtigen. Einer Anregung von Erich Fehrenbacher, den Behälter für das Wasser des Fontänenfeldes im Rathaus unterzubringen erteilte der ebenfalls anwesende Diplom-Ingenieur Rolfes vom Ingenieurbüro Gfrörer eher eine Absage. „Dies ist eher ein Nachteil“, erläuterte er. Stefan Weinmann regte an, die Elektrotankstelle mehr in den Vordergrund zu rücken, damit diese von der Landesstraße besser eingesehen wird. "Beim den Infotafeln erhoffe ich mir, dass ein elektronisches System verwendet wird", sagte er. Zudem regte er an, hinsichtlich des Buswartehäuschens nochmals eine Bürgerbeteiligung durchzuführen um Ideen zu sammeln. Auf Anfrage von Ralf Schlögel erläuterte Architekt Weigel den Umfang der jetzt geplanten Ausschreibung. Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass mit einer Umsetzung der Maßnahme bis ca. 30.10.2020 gerechnet werden könne. Sonja Rajsp forderte in diesem Zusammenhang, der ausführenden Firma Fristen zu setzen. „Immerhin ist dies jetzt der 5. Sommer mit einer Baustelle vor dem Rathaus“, sagte sie. Doris Moosmann bezeichnete die Kosten von bis zu 40.000 € für das Buswartehäuschen als zu hoch. Auch

sie forderte, hinsichtlich der Querung des Kreuzungsbereiches vor der Einmündung in die Landesstraße noch über Verbesserungen nachzudenken. Bürgermeister Norbert Swoboda gab zu bedenken, dass auch ein Zebrastreifen für Fußgänger und Kinder nicht immer verkehrssicher ist. Tobias Fehrenbacher regte an, eventuell die Grünflächen noch zu verlängern, um die Fußgänger besser leiten zu können. Bürgermeister Norbert Swoboda teilte mit, dass bereits vor der Einmündung zur Gaststätte "Aladin & Frieda" im dortigen Zwischenstreifen geplant ist, später eine Beschilderungsanlage anzubringen. Auf Anfrage von Tobias Fehrenbacher bestätigte Kämmerer Rainer Betschner, dass offenes WLAN mit finanziell vertretbaren Mitteln im Sanierungsbereich machbar wäre. Auf Anfrage von Martin King beschrieb Architekt Weigel den Unterhaltungsaufwand für das Fontänenfeld durch den Bauhof. Ebenfalls auf Anfrage von Martin King teilte Bürgermeister Norbert Swoboda mit, dass vorgesehen ist, jetzt die Ausschreibung vorzubereiten, um sie Mitte Januar zu veröffentlichen. Die Vergabe sei dann im März des kommenden Jahres vorgesehen. Die Ausschreibung wird dann sämtliche Arbeiten außer der Möblierung, den Spielpunkten, der Pergola und den kleineren Dingen wie Radbügel, Müllbehälter etc. umfassen. Der Gemeinderat beschloss mit knapper Mehrheit, die Stromtankstelle im obersten Bereich der seitherigen Parkplätze neben dem Rathaus belassen.

Abschließend beschloss der Gemeinderat einstimmig, der aktuellen Planung zur neuen Ortsmitte/Rathausplatz zuzustimmen, wobei für das Buswartehäuschen noch eine bessere Lösung gesucht wird. Die Gesamtmaßnahme wird baldmöglichst ausgeschrieben und die Finanzierung erfolgt im Haushaltsplan 2020.